

II=4418 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 214275

1982 -10- 13

A N F R A G E

der Abgeordneten DR. JÖRG HAIDER, DR. STIX, GRABHER-MEYER
an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung
betreffend Zahnarzt Ausbildung

Im Zusammenhang mit der Zahnarzt Ausbildung, die gegenwärtig
ausschließlich den Universitätskliniken vorbehalten ist,
berichtete die KLEINE ZEITUNG, Klagenfurt, Mitte September d.J.
über eine Auseinandersetzung zwischen Landeshauptmann Wagner
bzw. Landesrat Gallob und der Kärntner Ärztekammer.

Die in der gegenständlichen Frage von Landeshauptmann Wagner
vertretene Auffassung wurde als wörtliches Zitat wie folgt
wiedergegeben:

"Wir sind nicht mehr bereit, den Unsinn hinzunehmen, daß
Zahnärzte nur an Universitätskliniken, nicht aber an der Kiefer-
abteilung der Landeskrankenhäuser ausgebildet werden könnten".

Demgegenüber hat die Kärntner Ärztekammer in einer - von der
KLEINEN ZEITUNG wiederum wörtlich zitierten - Aussendung darauf
hingewiesen, daß "auch der Kärntner Landesregierung bekannt
sein müßte, daß die Zuständigkeit für die Modalitäten der Aus-
bildung der Fachärzte für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde
ausschließlich beim Bundesministerium für Wissenschaft und
Forschung liegt. Eine Kontaktaufnahme mit diesem Ministerium
dürfte der Kärntner Landesregierung leicht möglich sein, zumal
bis heute nicht die geringste Aktivität der Kärntner Landes-
regierung feststellbar ist, an der zuständigen Abteilung des
Landeskrankenhauses Klagenfurt die personellen und apparativen
Voraussetzungen zu schaffen, die eine universitäre Zahnarzt-
ausbildung erst ermöglichen würde".

- 2 -

Unter Bezugnahme darauf richten die unterzeichneten Abgeordneten an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung die

A n f r a g e :

1. Hat die Kärntner Landesregierung das in Rede stehende Anliegen bereits an das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung herangetragen - und, wenn ja, wann bzw. in welcher Form?
2. Wie lautet Ihre Stellungnahme zu der Forderung, daß die Zahnarztausbildung auch im Rahmen der Landeskrankenhäuser ermöglicht werden müßte?
3. Welche Maßnahmen sind diesbezüglich von seiten Ihres Ressorts beabsichtigt?